

Dresdner Nachrichten

S gegründet 1856

Verantwortlich für den Inhalt: ...
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-Alt. 1, Marienstraße 35/32, Fernruf 25251.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschulzeißenamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagspreis: 20 Pfennige Nr. 7: 144 Pfennige
Kleinvertrieb: 11 Pfennige Nr. 7: 84 Pfennige

Schärfste Verwahrung des Reiches in Prag

Gegen Flaggenreiß und Mißhandlung Reichsdeutscher zwischen Erkenntnis und Folgerung

Berlin, 3. Juni.

Der deutsche Gesandte in Prag hat im tschechoslowakischen Außenministerium gegen die gewalttätige Entfernung der deutschen Flagge aus der Wohnung des reichsdeutschen Ehepaares Czner und wegen der Mißhandlung des Reichsdeutschen Schneppf schärfste Verwahrung eingelegt.

Hinter diesem Schritt des deutschen Gesandten steht das ganze deutsche Volk. Die Tschechoslowakei läßt amtlich den Tschechen versichern, sie strebe gute Beziehungen zum Deutschen Reich an. Die tschechischen Uebertreffer in der Tschechoslowakei zeigen, was von betruglichen Versicherungen zu halten ist. Man glaubt man in Prag wirklich, das Deutsche Reich werde es sich gefallen lassen, daß seine Flagge eine Behandlung erfährt, die unerhört ist? Tschechische Soldateska hat einwandfrei gegen klare Rechtsbestimmungen verstoßen. Die Flagge war den gültigen Befehlen des tschechoslowakischen Staates entsprechend gesetzt worden. Längst ruhte sie wieder wohlverwahrt auf dem Boden des Hauses, in dem das reichsdeutsche Ehepaar wohnte. Da drangen in der Nacht tschechische Soldaten ein, bedrohten das Ehepaar mit der blanken Waffe an Leib und Leben und begingen einen glatten Raub. Ebenfalls

Schwerwiegend ist die Mißhandlung Reichsdeutscher. Alle diese Vorfälle beweisen, daß die Tschechoslowakei weder ein Recht noch ein Ordnungstaat ist. Mit bloßen Entschuldigungen ist nichts mehr getan, denn erfahrungsgemäß vergehen kaum ein paar Stunden, bis der Raub schon wieder neue Willkürakte und Ausschreitungen münden muß. Die Prager Regierung vertritt es offenbar nicht, ihre eigenen Organe zur Disziplin anzuhalten. Ihr allein bleibt die Verantwortung überlassen, wenn ihr künftiges Verhalten schwerwiegende Folgenzeitigt. Man darf auf die Maßnahmen gespannt sein, die die tschechische Regierung treffen wird, um die Schuldigen zu bestrafen und Vorkehrungen gegen Wiederholungen zu schaffen. Wird endlich etwas Durchgreifendes geschehen?

Damit hat die Londoner „Times“ unzweifelhaft recht. Das wichtigste Problem, das der Lösung harzt, ist die tschechoslowakische Frage. Mit dieser Feststellung beginnt das angeführte Blatt seinen Beitrag. Man möchte den Aufsatz geradezu als charakteristisch dafür bezeichnen, wie die Auffassung der Dinge sich in der öffentlichen Meinung Englands zur Zeit gehalten. Klar steht man allmählich darüber, was geschieht und was von den Tschechen gespielt wird. Die meisten englischen Blätter verzeichnen die Zwischenfälle in der Tschechoslowakei und bringen auch ausführlich die deutschen Stellungnahmen zu den neuen, unerhörten Angriffen. Viele englische Zeitungen erkennen allmählich, daß Prag sich auch nicht im mindesten darum bemüht, zu einer Beruhigung beizutragen. Die „Daily News“ zum Beispiel berichtet aus Prag, daß die Tschechen noch keine Truppen von den deutschen Grenzen zurückgezogen hätten, sondern daß die Stärke der Armee noch immer die gleiche sei wie vor zwölf Tagen. Einige Blätter rufen auch vor zu dem Herrn der Dinge. So stellt eine Abendzeitung fest, daß Lloyd George auf der Friedenskonferenz von Venedig getuschelt worden sei, der ihm versichert habe, es lebten nur 15 Millionen Deutsche in der Tschechoslowakei. Lloyd George habe in diesen Tagen erneut festgestellt: „Die Tschechoslowakei begann mit einem Betrug, und lebt weiter durch Verfolgung der nicht-tschechischen Volksgruppen.“ Lord Rothermere schreibt denn auch in der „Daily Mail“: Nachdem man sich in London mit einer Bevölkerung von weniger als 8 Millionen praktisch die Selbstregierung gegeben hat, kann man der Zuerkennung ähnlicher Rechte an die 34 Millionen Deutsche in der Tschechoslowakei nicht Widerstand leisten, oder vorgeben, es zu tun. Rehnliche Erkenntnisse findet man im ersten Teil des erwähnten Beitrags der „Times“. In diesem heißt es:

Als man die Friedensbestimmungen entworfen habe, habe man die Selbstbestimmung für die Völker in Mittel- und Osteuropa als gerechte und geeignete Basis gewählt. Aber die Anwendung dieses Grundsatzes wurde unklugerweise den Deutschen verweigert, gleichgültig, ob in Oesterreich oder in Böhmen. In beiden Ländern haben sie Versuche gemacht, für ihre Einheit mit dem übrigen Teil der deutschen Rasse zu stimmen. Aber ihren Wünschen wurde nicht stattgegeben. Die hundertprozentige Anwendung des Grundsatzes der Selbstbestimmung ist überall offensichtlich unpraktisch. Aber die Sudetendeutschen haben unzweifelhaft einen Anlaß, die Verletzung einer Ungerechtigkeit des Versailles-Vertrages zu fordern. Viel läßt sich darüber auch noch aus einem anderen Grunde sagen. Das würde nämlich ein willkommener Beispiel für eine friedliche Verrückung bieten — immer unter der Voraussetzung, daß die Sudetendeutschen zum Reich übergeführt werden wollen. In der Vergangenheit hat es bei der Aufrechterhaltung des Status quo zu viel Starrheit gegeben, und zwar bis zu einem Punkt, bei dem nur noch Gewalt das ändern konnte.

Bis hierhin ist es durchaus erfreulich, dem Durchbruch der Vernunft in dem englischen Blatt zu folgen. Aber es scheint doch eine recht harte Nuß zu sein, aus richtiger Erkenntnis nun auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Was ist die Ursache klar, dann, so sollte man meinen, dürfte es nicht schwer fallen, in gleicher Klarheit und Einfachheit die Mittel aufzusuchen, die geeignet sind, den Schaden zu beheben. Dann würde man zu einer Sprache gelangen, die auch in England von jedem verstanden wird.

Ungarn und die deutschen Minderheiten

Erklärung des Ministerpräsidenten Torma im Abgeordnetenhaus

Budapest, 3. Juni.

Ministerpräsident Torma gab am Donnerstag im Abgeordnetenhaus im Rahmen der allgemeinen Budgetdebatte eine Erklärung über die Minderheitenpolitik seiner Regierung ab. Er betonte zunächst, daß die Regierung die Minderheitenfrage im Geiste voller Sozialität regeln wolle. Die Minderheiten seien im Besitze bestimmter Rechte, die in Verträgen und Verordnungen festgelegt seien. Diese durchzuführen, sei Pflicht der Regierung, die diese Pflicht in vollem Maße erfüllen werde, auch wenn dies gewissen zurückgebliebenen Weltlern nicht gefallen sollte. Chauvinismus und Nationalismus seien durch eine scharfe Trennungslinie voneinander getrennt. Chauvinismus sei eine destruktive Kraft, Nationalismus aber eine aufbauende Kraft. Die Regierung habe sich für die aufbauende Linie entschieden. „Wir Ungarn sind zwar Rationalisten“, so erklärte Ministerpräsident Torma, „doch werden wir nie in den Fehler des Chauvinismus verfallen. Die zur Förderung der kulturellen Lebens der Minderheiten der Regierung unterbreiteten Vorschläge wird die Regierung mit der größten Bereitwilligkeit

einer Prüfung unterziehen und sie sobald als möglich verwirklichen.“

Die deutsche Minderheit Ungarns habe sich stets dem einheimischen Leben vollständig angepasst. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß sich gegenwärtig im Schoße der ungarländischen deutschen Minderheit Tendenzen bemerkbar machen, die dem friedlichen Zusammenleben nicht dienlich sind. Gegen diese Tendenzen werde ich mit entschlossener Energie auftreten. Auf der anderen Seite wird die Regierung alles tun, um die gerechten Ansprüche der Minderheiten zu befriedigen. Die amtlichen reichsdeutschen Stellen haben in der Minderheitenfrage stets die korrekteste Haltung eingenommen. Das gute Verhältnis, das zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn besteht und bestehen wird, ermöglicht es, den zuständigen deutschen Stellen alles zur Kenntnis zu bringen, was geeignet erscheint, das friedliche Zusammenleben mit der deutschen Minderheit in diesem Lande zu fördern. Es ist zu hoffen, daß es durch Aufklärung, durch Befriedigung der Rechte der Minderheiten und aufbauende Arbeit und schließlich durch das freundschaftliche Zusammenarbeiten mit den zuständigen Stellen des Deutschen Reiches gelingen wird, diese störenden Momente zu beseitigen.“

Der Berliner Grunewald wird umgestaltet

Aus sterbendem Kiefernforst wird lebenskräftiger Mischwald

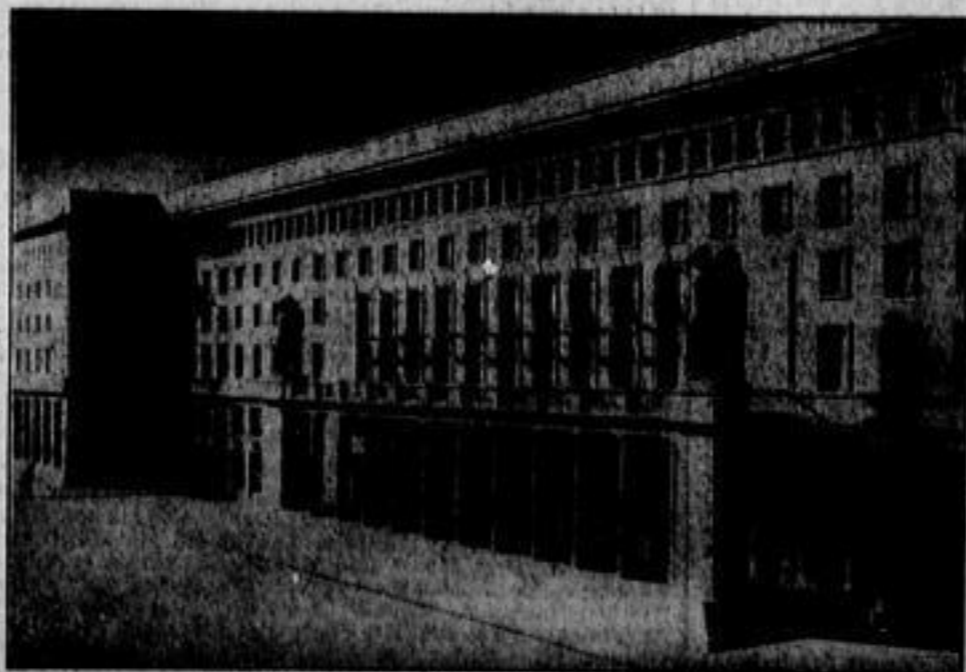
Berlin, 3. Juni.

Von den großen Waldgebieten Berlins wird zunächst der Grunewald im Laufe der nächsten 15 Jahre umgestaltet. Das Ziel ist, aus dem größten zusammenhängenden Grünareal in nächster Nähe der Reichshauptstadt, dem sterbenden Kiefernforst, einen lebenskräftigen Mischwald zu machen, der in Zukunft eine ideale Erholungsstätte für die Berliner Bevölkerung sein soll.

Die großzügige Planung des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, Prof. Speer, steht umfassende Neupflanzungen zur Durchsetzung des Kiefernwaldes mit Laubbäumen vor, die Anlegung neuer Wanderwege über die Höhen und am Gabelufer, die Schaffung von Spiel- und Erholungsplätzen und eine weitaus bessere Verkehrsführung durch neue Zubringerstraßen, Parkplätze, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und ähnliches. Das Waldgebiet selbst bleibt dem Auto nach wie vor verschlossen.

Eine Reihe schwerwiegender Gründe war für die umfassende Neugestaltung dieses Gebietes maßgebend: Der vor etwa 200 Jahren als Urwald für abgeholzten Mischwald neu angelegte Kiefernforst hat im Laufe der Jahrzehnte den Boden derart einseitig beansprucht, daß das Wachstum in den größten Teilen des Waldes heute stillsteht. Der Grunewald ist ein sterbender Wald. Die landschaftlich schönen Teile sind kaum erschlossen; es fehlen Zuführungsstraßen und Parkplätze, und schließlich fehlt die Zahl der in seinem Verhältnis zu der heute immer größer werdenden Zahl der Besucher dieses größten im Stadtgebiet Berlins liegenden Waldgeländes. Von diesen Tatsachen gehen die Vorbereitungen aus, die der Generalbauinspektor getroffen hat.

werden. Hier sollen bekanntlich die besten Jugendführer ihre körperliche Erziehung, charakteristische Schulung und geistig-weltanschauliche Bildung erhalten. Die Akademie wird ein großes, hundert Meter langes und vierzig Meter breites Hauptgebäude sowie fünf Einzelgebäude umfassen, in denen die jungen Jugendführer untergebracht werden. Zu der Akademie gehören auch große Sportplätze und eine fünfzig Meter lange Wasserbahn mit einem zehn Meter hohen Sprungturm.



Das Haus des Deutschen Fremdenverkehrs, das in Berlin entsteht und von den beiden Architekten Reichsbahndirektor Köstler, Berlin und Reichsbahnbauassessor Dietzinger entworfen ist, wird zu einem Ausdruck des Bauwillens unserer Zeit.

Nichtfest in Braunschweig

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Juni.

In Braunschweig wird heute nachmittag in Anwesenheit des Reichsjugendführers Baldur von Schirach das Nichtfest der Akademie der deutschen Jugendführer gefeiert. Schon im Herbst soll die Akademie eröffnet werden.

Arch. Franz Hoffmann

Vertical text on the far left edge of the page, including names and addresses of various businesses and individuals.